

369



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

55. Jahrgang – Nr. 11 – Juli 2004

Kuratorium 2004 in Innsbruck

Opfer der NS-Militärjustiz

Juli 1934



DOLLFUSS- GEDENKEN

Wie alljährlich versammeln
wir uns auch heuer am

**Samstag, den
24. Juli 2004, 10h
am Hietzinger
Friedhof**

zum Gedenken an die
Ermordung von Bundes-
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß
sowie an die drei Offiziere
Biedermann, Huth und
Raschke.

Wir treffen uns um 9.45 Uhr
beim Eingang Maxingstraße/
Autobusstation. Zu erreichen
entweder von der Station Ken-
nedy-Brücke der U4, weiter
mit Autobus 58 B oder von
der Schnellbahnstation Meid-
ling mit Autobus 8 A in Rich-
tung ORF-Zentrum.



Hubert Jurasek

Juli 1934: Gefahr für Österreich

Die Kämpfe im Februar 1934 sind, wie zuletzt in FK 10 vom April 2004 S. 4 f. ausgeführt, gegen die ausdrückliche Weisung der führenden Sozialisten in Wien von Bernaschek in Oberösterreich ausgelöst worden. Eine Einmischung fremder Mächte in diesen Kampf hat es nicht gegeben. Vielmehr sind diese Kämpfe eine Art Bürgerkrieg der Österreicher gegen Österreicher gewesen.

Ganz anders der Aufstand der Nationalsozialisten im Juli 1934. Dieser ist von der Führung der NSDAP in Deutschland generalstabsmäßig geplant und unterstützt worden, wie insbesondere aus den sogenannten „Kollerschlag Dokumenten“ hervorgeht, die in der Nacht zum 25.7.1934 in den Schuhsohlen eines Kuriers gefunden worden sind, der bei Kollerschlag im Mühlviertel nach Österreich gekommen ist (siehe „Österreich muss sein, der Österreichisch-Deutsche Konflikt, Hintergründe des Kanzlermordes“ von Nikolaus Hovorka im Reinhold-Verlag Wien 1934, in der Folge HOV zitiert, Seite 110 ff. und „Österreich gegen Hitler, Europas erste Abwehrfront 1933 bis 1938“ von Gottfried Karl Kindermann, erschienen im Verlag Langenmüller, München 2003, Ki, Seite 221 ff.). Dieses Dokument enthält konkrete Anweisungen, wie im Falle eines Putsches der Nationalsozialisten vorzugehen ist, sowie diesbezüglich Chiffren wie z.B. „Sommerfest“ und „Preisschießen“. (siehe auch „Putsch der Nationalsozialisten 1934 in Österreich“ von Gerhard Jagtschitz, Styria-Verlag Graz 1976, in der Folge „JAG“ zitiert, Seiten 116, 149 f.). Max Frisch hat daraus die Idee für sein Stück „Der Biedermann und die Brandstifter“ bezogen, das 1975 im Wiener Burgtheater aufgeführt worden ist.

Ein weiterer Beweis für die Planung des Putsches durch reichsdeutsche Dienststellen ist eine noch vor dem 25.7.1934 erteilte Weisung des „Kampfringes“, dass die politische Entwicklung in Österreich auch den Einsatz sämtlicher Kräfte des „Kampfringes“ erforderlich machen könnte, weshalb sich sämtliche aktionsfähige Mitglieder bis zu 50 Jahren zur Verfügung zu halten haben. (HOV Seite 108) Der „Kampfring“ ist laut dem „Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP“ vom 31. Jänner 1934 Ziffer 6/34 auf Seite 141 eine Hilfsorganisation der Landesleitung Österreich der NSDAP (s. HOV Seite 108).

Nicht nur höchste Führungskreise der NSDAP in Deutschland, sondern auch deutsche Diplomaten sind über den Putsch zumindest informiert, teilweise auch in die Planung miteinbezogen gewesen. In der Nacht vom 11. zum 12. Jänner 1934 hat in der Wohnung des ehemaligen NS-Gauleiters von Wien Frauenfeld eine geheime Zusammenkunft stattgefunden. Diese ist von der Polizei ausgehoben worden. Unter den Teilnehmern dieser Zusammenkunft hat sich auch der Deutsche Legationsrat Prinz von Waldeck befunden (HOV Seite 109). In der Nacht vom 24. zum 25. Juli 1934 haben in der Wohnung des Deutschen Legationsrates Altenburg im Palais Rainer, Wien IV., die Führer des Putsches die letzten Anweisungen beraten (siehe FK

2 von Juli 01, Seite 6 und Kurt von Schuschnigg „Im Kampf gegen Hitler“ Molden-Verlag 1969, Seite 331). Der deutsche Gesandte Rieth ist spätestens am 24. Juli 1934, dem Vorabend des Putsches, informiert worden (JAG 85). Ersucht von Holzweber, einem der Führer des Putsches im BKA, hat sich der deutsche Gesandte am 25.7.1934 nachmittags ins BKA begeben und versucht für die Putschisten zu intervenieren (JAG 126, 133 f., 179 f.).

Datiert mit 22.7.1934 hat der „Deutsche Presseklischee-Dienst“ über den Putsch berichtet und ein Bild von Rintelen mit der Legende gebracht „Dr. Rintelen, bisher Österreichs Gesandter in Rom, verhandelt in Wien über Neubildung der Regierung“ (HOV Seite 118 und FK 8 von Juni 2003, Seite 4). Die „Amtlichen deutschen Nachrichten“ berichteten am 25.7.1934, 14:15 Uhr, der Putsch gegen das BKA und die RAVAG sei nicht von Nationalsozialisten sondern von der Heimwehr durchgeführt worden. Um 18:30 Uhr erschien in diesen Nachrichten ein zusammenfassender Situationsbericht, in dem es unter anderem heißt, eine zentrale Regierungsgewalt scheine in Österreich nicht mehr zu bestehen. Die Besetzung des BKA und die Verhaftung der Gesamtregierung sei durch das Österreichische Volk geschehen (HOV 122, JAG 116). Nach einer anderen Meldung hätten radikale Sozialisten und Kommunisten

diesen Putsch durchgeführt (JAG 86, 179, 230/693).

Diese Eingriffe deutscher Stellen in den souveränen Staat Österreich haben bei den Nachbarländern Österreichs zu verschiedenen Reaktionen geführt. Mussolini hat in Italien an der Grenze zu Österreich Truppen zusammengezogen, um im Falle des Einmarsches Deutscher Truppen oder der Machtergreifung der Nationalsozialisten eventuell zu intervenieren (JAG 48, 164, 170, 180, 188). Ungarn, das von Mussolini ersucht worden ist, auch Truppen an die Grenze zu stellen, wofür ihm Mussolini mit dem Burgenland belohnen wollte, hat aus Rücksicht auf Deutschland davon abgesehen (JAG 189), hat aber Putschisten, die nach Niederschlagung des Putsches nach Ungarn geflüchtet sind, den österreichischen Behörden ausgeliefert (JAG Seite 166).

Jugoslawien hat nach Verhandlungen, die mit Wissen des jugoslawischen Außenministeriums und des „Stellvertreters des Führers“ Rudolf Hess im März 1934 geführt worden sind, für den Fall der Unterstützung des Anschlusses Österreichs an Deutschland, die Gewährung eines Korridors nach Triest für Deutschland, die Einräumung von Stützpunkten und Propagandastellen auf jugoslawischem Gebiet sowie die Errichtung eventueller Auffanglager, die Kärntner Abstimmungszone A versprochen bekommen (JAG 150).

Über den Putsch der Nationalsozialisten am 25.7.1934 und die dadurch verursachten Kampfhandlungen ist schon wiederholt berichtet worden (s. FK 2 aus 1994, S. 2 „Sie gaben für Österreich ihr Blut“). Nur kurz folgendes: In den Mittagsstunden des 25.7.1934 ist es den im wesentlichen aus Mitgliedern der späteren SS-Standarte 89 bestehenden Putschisten zum Teil in Uniformen der Exekutive gekleidet gelungen, im Handstreich das BKA und die RAVAG in der Johannesgasse zu besetzen. Sie hatten dadurch die Möglichkeit, die Nachricht vom Rücktritt der Regierung Dollfuß und die Betrauung von Rintelen als Bundeskanzler durchzugeben, offenbar ein Stichwort für den Aufstand in ganz Österreich. Nach kurzen Kämpfen, die auf beiden Seiten Tote gefordert haben, konnte die RAVAG zurückerobert werden. Die Putschisten im BKA haben in den Abendstunden des 25.7. kampflos kapituliert. Der einzige Tote hier ist Bundeskanzler Dr. Dollfuß gewesen. Auch der Versuch, Bundespräsident Miklas, der sich in Kärnten aufgehalten hat, gefangen zu nehmen, ist misslungen; das Bundesheer ist treu zur Regierung geblieben. Damit ist der Putsch misslungen.

Trotzdem haben offenkundig durch die Meldung vom Rücktritt der Regierung Dollfuß veranlasst erst in den Morgenstunden des 26.7. in den Bundesländern die Kämpfe begonnen. Die schwersten Kämpfe sind in der Steiermark und in Kärnten gewesen. In der Steiermark in dem Gebiet um Leoben und auf dem Pyhrnpass, dem Übergang von Oberösterreich in die Steiermark. In Kärnten, wo zu

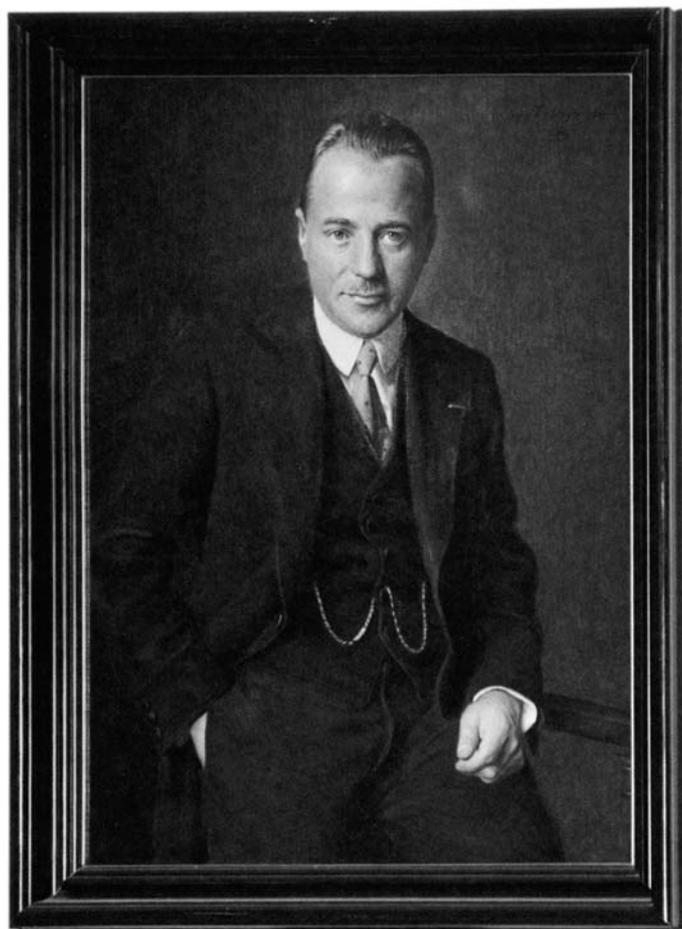
den aufständischen Nationalsozialisten die „Bauernwehr“ des Landbundes übergegangen ist (JAG 145 f., 156), sind die Kämpfe zeitweise so hart gewesen, dass der italienische Konsul in Klagenfurt die Hilfe italienischer Truppen angeboten hat (JAG 156). Die Annahme dieses Angebotes durch österreichische Dienststellen hätte zweifellos den Einmarsch Jugoslawiens zur Folge gehabt.

Ohne Einmischung von außen ist es nach schweren Kämpfen der österreichischen Exekutive gelungen, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Aufständischen aus den südlichen Bundesländern Steiermark und Kärnten sind in größerer Zahl nach Jugoslawien geflüchtet. Dort sind sie, wie seinerzeit vereinbart, in Flüchtlingslagern aufgenommen worden, konn-

ten ihre Uniformen weiter tragen und militärische Übungen abhalten, bis sie von deutschen Schiffen nach Deutschland gebracht worden sind. (siehe „Braune Legionäre“, Besprechung des Buches von Necak „Die Österreichische Legion 2, nationalsozialistische Flüchtlinge in Jugoslawien nach misslungenem Putsch vom 25. Juli 1934“ in Academia 3/96, Seite 38.)

Durch die Niederschlagung des NS-Putsches durch österreichische Organe hat Hitler 1934 in Österreich die größte außenpolitische und militärische Niederlage seines Lebens vor 1941 erlitten (Kie, Seite 245). Karl Renner schreibt in seinen „Nachgelassenen Werke, Band II., Österreich von der ersten zur zweiten Republik“, Wien 1953, Seite 142 „Der Sieg der

österreichische Exekutive war vollkommen ... die Führerschaft der siegreichen Front ehrte ihn (Dollfuß) in dankbarer Hingabe, sein erschütternder Tod warb für seine Sache und ließ die gewundenen Wege, auf denen sein Erfolg errungen war, bald vergessen (Ki Seite 247 und 460). In seinem Kommentar vom 29.7.1934 schreibt der „The Observer“ aus London: Dr. Dollfuß, der heldenmütig das schwache Österreich gegen eine mächtige skrupellose Intrige verteidigt habe, sei der Preis, der für den Weiterbestand Österreichs bezahlt werden musste. Der Preis sei bitter und allgemein als schwer empfunden worden. Aber damit habe Dollfuß in unvergesslicher Weise sowohl Österreich als auch Europa gedient. Dr. Dollfuß habe mehr als irgend ein Mann in Europa getan um Europa – einschließlich Deutschland – vor dem Naziterror Berlins zu bewahren. Das sei seine wahre Bedeutung. Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt in ihrer Abendausgabe vom 26.7.1934, Bundeskanzler Dollfuß habe in seinem Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs sein Leben zum Opfer bringen müssen. Es sei heute für ganz Europa klar geworden, dass mehr als das politische Interesse der Mächte an einem selbständigen Staat und mehr als die Unabhängigkeit Österreichs allein auf dem Spiele gestanden sei. Der nationalsozialistische Terror, der von deutschem Boden aus und von herrschenden Parteien Deutschlands geschürt, gefördert und befohlen worden sei, und die Grundlagen des österreichischen Volkes unterwühlt habe, sei als Vorläufer einer die Gemeinschaft aller Staaten bedrohenden Anarchie ent- hüllt (Ki 463 f.).



Ölgemälde des Engelbert Dollfuß im Nationalratsklub der ÖVP

Was wäre gewesen, wenn ...

Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß nicht die Ungeschicklichkeit, aber auch die politischen Fehler der Parlamentspräsidenten im Jahre 1933 ausgenützt hätte, das Parlament in eine Statistenrolle zu drängen? Dadurch hat er den Ständestaat geschaffen, ein Schritt und eine Entwicklung, die man nicht aus heutiger Sicht sondern unter den damals eintretenden Entwicklungen in Deutschland sowie in den meisten Nachbarstaaten Österreichs betrachten muss.

Österreich war der erste Staat, der bereits 1933 die große Gefahr aus dem Deutschen Reich erkannte und dessen Regierung auch Taten setzte.

Lassen Sie mich einige Gedanken anstellen, diese weiterdenken und an Hand von Tatsachen, nachweisbaren Unterlagen aber auch von persönlichen Überlegungen und Schlussfolgerungen ein vollkommen anderes Szenarium erstellen, welches unsere Heimat Österreich in einem total anderen Licht erscheinen oder sogar verschwinden hätte lassen.

Die letzte demokratische Wahl am 23. April 1933 – die Gemeinderatswahl in Innsbruck – brachte den Nationalsozialisten 40 % der Stimmen, eine Entwicklung, die durch die damals erst beginnende Propagandaflut aus Deutschland, der gesamteuropäischen Entwicklung und wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage in Österreich vielleicht auch bei anderen Wahlen in Österreich eingetreten wäre. Die Folge in den Jahren 1933 & 1934 wäre auf Bundesebene gewesen, dass die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die immer schon für einen Anschluss an Deutschland eingetreten waren und die Sozialdemokraten, die unter dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Dr. Bauer bereits im Jahr 1919 mit dem deutschen Reichsminister



Graf Brockdorff-Rantzau einen Vertragsentwurf für den Anschluss erarbeitet hatten und sogar bis 1945 den Zusammenschluss mit einem demokratischen Deutschland gewünscht hatten, mit großer Stimmenmehrheit im Nationalrat die Auflösung Österreichs und den Anschluss an Deutschland vollkommen legal hätten beschließen können.

Österreich wäre von der Landkarte verschwunden und Teil des Deutschen Reiches geworden.

Für unsere Generation und unsere jüngeren Mitbürger wohl unbegreiflich, aber sehr realistisch gesehen, wäre Österreich nicht erst im Jahr 1938 vom Deutschen Reich okkupiert worden und somit

nicht das erste Opfer Hitlerdeutschlands geworden.

Die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 hätte Österreich nicht einmal erwähnt.

Österreich wäre ein Bestandteil des Kriegsverlierers Deutsches Reich gewesen!!!

Welche Folgen wären eingetreten?

Bereits nach dem 1. Weltkrieg lagen in der Tschechoslowakei unter dem damaligen Außenminister Edvard Benes Pläne vor, welche als Grenze dieses Landes die Donau in Oberösterreich und Niederösterreich mit Brückenköpfen auch südlich der Donau wie Wien und andere vorsahen.

Ungarn hätte den Anspruch der Jahre 1918 bis 1922 auf das Burgenland und Teile Niederösterreichs wieder aufleben lassen.

Wie bereits nach dem 1. Weltkrieg und auch nach dem 2. Weltkrieg wären die Truppen und Partisanenverbände Jugoslawiens in Kärnten und in der Steiermark geblieben und hätten diese Bundesländer in ihr Land okkupiert.

Italien als immer wieder rechtzeitig die Seite wechselnd hätte die italienische Brennergrenze bis zum Inn oder sogar bis an die Grenzen zu Bayern geschoben.

Vorarlberg hätte das Ergebnis der Abstimmung nach dem 1. Weltkrieg realisiert und sich der Schweiz angeschlossen.

Der Rest wäre auch noch irgendwohin zugeteilt worden, vorher aber als legaler Teil des Täterstaates Deutschland allen bekannten Folgen unterzogen worden. Die Besatzungstruppen wären nicht bereits 1955 abgezogen gewesen.

Das alles hätte nicht eintreten müssen, aber die Wahrscheinlichkeit ist nicht von der Hand zu weisen.

Als spätere Generation und als Demokrat sehe ich die Entwicklung ab 1933 mit anderen Augen. Aber allein aus diesen Gesichtspunkten bin ich dem damaligen Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß, der als erster Politiker einer nationalsozialistischen Mörderhand zum Opfer gefallen ist, sehr dankbar. Ich bin stolz mit vollem Herzen ein Österreicher zu sein.

Opfer der NS-Militärjustiz

Zu einem Entwurf eines 4-Parteien-Entschließungsantrages, mit dem das Bundesministerium für Justiz (BMJ) und das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) befasst werden und worin gefordert werden soll, die Opfer der NS-Militärjustiz gesetzlich zu rehabilitieren und sie im Sinne des Opferfürsorgegesetzes (OFG) anzuerkennen, hat die Opferfürsorgekommission (OFK) in ihrer Sitzung vom 27. April 2004 einstimmig folgende Stellungnahme beschlossen:

Die OFK weist auf die kurz nach Gründung der zweiten Republik erlassenen einschlägigen Gesetze (Aufhebungs- und Einstellungsgesetz, StGBI. 48/1945, Einstellungsgesetz, BGBl. 14/1946 sowie die Befreiungsamnestie, BGBl. 79/1946) hin. Besonders wird dabei auf § 7 der Befreiungsamnestie hingewiesen, wonach Urteile der deutschen Militärgerichte und der SS-Gerichte, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der Republik Österreich gefällt worden sind, für das Gebiet der Republik Österreich als nicht erfolgt gelten.

Wie dazu der BMJ anlässlich des Symposiums vom 6. Juni 2003 bestätigt hat, sind davon sämtliche Militärdelikte erfasst. Das BMJ betont in diesem Zusammenhang, dass die Befreiungsamnestie sogar für Nationalsozialisten und diejenigen, die aus nationalsozialistischer Gesinnung oder aus Willfähigkeit gegenüber nationalsozialistisch motivierten Anordnungen gehandelt haben, gilt.

Zu der Forderung des Entwurfes, die Opfer der NS-Militärjustiz im Sinne des OFG anzuerkennen, wird darauf hingewiesen, dass das OFG bereits seit 1945 geltende Grundlage für derartige Anerkennungen ist. Widerstands-

kämpfer, die Opfer der deutschen Militärjustiz wurden, können demnach seit diesem Zeitpunkt nach dem OFG anerkannt werden. Verfolgte aus politischen Gründen werden seit dem Jahr 1947 anerkannt. Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen wurden vielfach auch als politisch motiviert beurteilt. Seit diesem Zeitpunkt besteht auch die Möglichkeit einer Anerkennung im Wege der Nachsicht.



Weiters ist darauf hinzuweisen, dass nach dem Kriegsofferversorgungsgesetz, insbesondere nach § 5, Ansprüche gegeben sind.

Es wurden somit bereits bisher viele von der deutschen Militärjustiz Verurteilte nach dem OFG im Wege des Rechtsanspruches erfasst. In Fällen, in denen dies nicht der Fall war, hängt dies damit zu-

sammen, dass insbesondere durch die Befreiungsamnestie auch Delikte der oben genannten Personengruppen von Nationalsozialisten und derjenigen, die aus besonders verständener „Pflichterfüllung“ gegenüber dem NS-Regime gehandelt haben, sowie weitere Delikte, bei denen eine politische Motivierung im Sinne des Widerstandes nicht gegeben war, erfasst sind. Im Opferfürsorgeerlass 1948 wird

darauf hingewiesen, dass etwa Fahnenflucht sehr oft der Verurteilungsgrund für Urlaubsüberschreitungen, eigenmächtige Dienstabwesenheiten, Schwarzfahrten und Selbsturlaubungen war.

Es kann daher nicht als wünschenswert angesehen werden und würde wahrscheinlich auch den Intentionen der Betreiber des Entschließungsantrages zu-

widerlaufen, wenn alle diese Personengruppen unterschiedslos als Opfer des Kampfes oder der politischen Verfolgung eingestuft würden. Insbesondere sei noch darauf hingewiesen, dass besonders gegen Kriegsende auch von teilweise sehr hohen Nationalsozialisten Desertionen begangen wurden.

Die in der OFK vertretenen Opferverbände begrüßen jedoch die Bereitschaft des BMSG, an das Ressort auf Ansuchen der Betroffenen herangezogene Verurteilungen im Hinblick auf eine allfällige Anerkennung im Wege des Rechtsanspruches zu überprüfen und bekunden auch ihre eigene Bereitschaft, Überprüfungen im Hinblick auf Nachsichtserteilungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass etwa auch Anerkennungen von Anhaltungen von vom Vorwurf der sogenannten Asozialität betroffenen ehemaligen Kindern am Spiegelgrund im Wege der Nachsicht erfolgten.

Kameraden, die Opfer der NS-Militärjustiz waren und glauben, dass für sie die Anwendung des Opferfürsorgegesetzes in Frage kommt, mögen sich direkt an das Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Opferfürsorgekommission, 1010 Wien, Stubenring 1, im Hinblick auf Überprüfung ihrer Rechtsansprüche bzw. Nachsichtserteilung wenden. ■

Ju.

Innsbruck: Kuratoriumssitzung 2004

Gemäß der schon seit vielen Jahren gepflogenen und allen Kameradinnen und Kameraden liebevoll gewordenen Tradition fand heuer die jährliche Sitzung des obersten Organes unserer ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich in der Zeit vom 27. bis 30. Juni 2004 in Innsbruck statt. Kamerad Mathias Denifl, der Obmann des Landesverbandes Tirol, hatte schon vor 2 Jahren die Einladung ausgesprochen und diese Sitzung des Kuratoriums in ganz vorzüglicher Weise vorbereitet und organisiert, wobei ihm auch Kameraden aus Tirol beigestanden hatten.

Tagungsort war das Bildungshaus Seehof der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, ein wunderschön bei der Hungerburg gelegenes renoviertes altes Haus mit einem modernen, aber in das Gesamtensemble passenden und funktionellen Zubau. In sehr freundlicher Weise wurden alle Teilnehmer von Herrn Sepp Hundsbichler, dem Verwalter des Bildungshauses begrüßt und in die Regeln und Eigenarten des Hauses eingeführt sowie mit den notwendigen oder gewünschten Informationsversehen. Gemeinsam mit seiner Frau sorgte er auch für eine schmackhafte Verpflegung.

Der große Hausherr und Präsident der Arbeiterkammer Tirol, Friedrich Dinkhauser, konnte erst am 30. Juni 2004 unsere Sitzung besuchen, tat dies aber mit besonderer Freundlichkeit und gab seiner Befriedigung Ausdruck, dass unsere Organisation heuer den Weg nach Tirol gefunden hatte.

Fast alle Teilnehmer der Sitzung waren schon am 27. 6. 2004 angereist und die Begrüßung der Kameradinnen und Kameraden mit jahrzehntelanger Freundschaft fiel dementsprechend herzlich aus.

Pünktlich um 9 Uhr startete am 28.6.2004 der Bundesobmann, Kom.R. Dr. Gerhard Kastelic, die Sitzung des Kuratoriums mit der Eröffnung und offiziellen Begrüßung von Delegierten aller Bundeslän-



Während der Sitzung des Kuratoriums die Herren Landesobmann von Salzburg Hermann Prodingner, Paul Krämer und Landesobmann von NÖ Hofrat Dr. Alois Kermer

der, wobei lediglich das Land Kärnten berufsbedingt nicht vertreten sein konnte. Er freute sich über die große Anzahl von Teilnehmern und darüber, dass seit dem letzten Treffen

im Oktober 2003 sich der Gesundheitszustand nicht zu sehr verändert hatte.

Ganz besonders wurde dem Landesobmann der Steiermark, Präs. d. BR a.D.,

Kom.R. Alfred Gerstl zum kürzlich verliehenen Titel „Professor“ gratuliert. Gleichzeitig hat er Frau Trude Loaker, Vorstandsmitglied des Landesverbandes Tirol, die am 8. August 2004 ihren 95. Geburtstag feiert und Herrn Paul Krämer zu seinem 87. Geburtstag am 28. Juni 2004 herzlich beglückwünscht.

Im Anschluss daran wurde in einer Gedenkminute aller jener Kameradinnen und Kameraden gedacht, die seit der letzten Sitzung des Kuratoriums von uns gegangen sind.

Erfreulicherweise konnte die Beschlussfähigkeit der Versammlung festgestellt, die Tagesordnung festgelegt und das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt werden.



Überreichung des Ehrenringes unserer ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich an die langjährige Landesobfrau des Burgenlandes, Kameradin Rosa Szalay.

Bundesobmann Kom.R Dr. Gerhard Kastelic berichtete über die Arbeit seit dem 21. Oktober 2003, die besonderen Ereignisse in dieser Zeit, die gemeinsam mit den anderen Opferverbänden gesetzten Aktivitäten und gab auch einen Ausblick auf die nähere Zukunft. Vieles dieses Berichtes war und ist im Freiheitskämpfer behandelt worden. Diese Zeitung wird weiterhin von Dr. Jurasek gestaltet und der Bundesobmann dankte ihm besonders für seine unermüdliche Arbeit für den Freiheitskämpfer sowie seine Unterstützung in den diversen Fragen und Themenkreisen.

VPräs. Dr. Hubert Jurasek berichtete als Vertreter des Kuratoriums in der Opferfürsorgekommission über die letzten Sitzungen, die Entwicklung der Frage der Opfer der Militärjustiz und die Einführung des elektronischen Aktes im Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

Eine längere Debatte entspannte sich in der Frage der Haltung der ÖVP Kameradschaft zur Frage der Restitution des Privatvermögens der Familie Habsburg-Lothringen. Nach Anhörung der differierenden Meinungen und eingehender Diskussion wurde aber die Behandlung dieses Themas nicht weiter verfolgt.

Sehr interessant für alle Sitzungsteilnehmer waren die Berichte der einzelnen Landesorganisationen über deren Tätigkeit, den Mitgliederstand und neue Aktivitäten. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch wird sicherlich die Arbeit in den Bundesländern befruchten und weiterentwickeln lassen.

Bedingt durch den Tod von OSR. Georg Felber war die Nachwahl eines Mitgliedes des Schieds- und Ehrengerichtes erforderlich geworden. Diese Funktion bleibt im Lande Salzburg, da Kamerad Paul Krämer diese Funktion übernimmt.

Ein besonders erfreulicher Tagesordnungspunkt war die Überreichung des Ehrenringes unserer ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich an die langjährige Landesobfrau des Burgenlandes, Kameradin Rosa Szalay. Da sie überhaupt nicht vorinformiert gewesen war, ist die Überraschung völlig gelungen gewesen. Alle Kameradinnen und Kameraden gratulierten ihr recht herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung.

Zu sämtlichen Tagesordnungspunkten ergab sich jeweils eine angeregte und längere Diskussion mit einem hohen Qualitätsstandard und vielen Informationen an alle Teilnehmer.

Zum Ende der Sitzung des Kuratoriums am 30. Juni 2004 dankte der Bundesobmann allen Teilnehmern für ihr engagiertes Mitwirken und insbesondere Landesobmann Mathias Denifl für die vorzügliche Vorbereitungsarbeiten, seine Betreuung während der Sitzungstage und auch seiner Gattin sowie dafür, dass er seine Beziehungen für ein gutes Wetter während der Zeit der Tagung hatte spielen lassen.

Mit den besten Wünschen für eine gute Gesundheit bis zur nächsten Sitzung des Kuratoriums spätestens im Oktober 2005 in Wien wurde die Kuratoriumssitzung 2004 geschlossen. ■

G.K.

Wir sind auch im Internet unter www.oevp-kameradschaft.at präsent, sowie per e-mail unter office@oevp-kameradschaft.at erreichbar.

Presseaussendung vom 9. Juni 2004:

Protest der ÖVP-Kameradschaft

Die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“ protestiert schärfstens gegen die ungeheuerlichen Aussagen von Gusenbauer und Broukal.

„Das waren zwei ungeheuerliche Verfehlungen“ so reagierte der Obmann der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“ Komm. Rat Dr. Gerhard KASTELIC auf die Aussagen von SPÖ-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer und des SPÖ NR-Abgeordneten Dr. Josef Broukal.

Die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolg-

ten und Bekenner für Österreich“ – legitimiert und be-rufen zur Wahrung der Ehre, des Andenkens und der Interessen der aktiven Widerstandskämpfer gegen die Besetzung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich in den Jahren 1938 bis 1945 – protestiert gegen die Aussagen des SPÖ-NR-Abgeordneten Dr. Josef Broukal gerichtet an die Regierungsparteien: „Es

ist Ihnen unbenommen, den Nationalsozialisten nachzutrauern“. Diese unqualifizierte Aussage ist eine Beleidigung all jener, die ihre Freiheit und sogar ihr Leben für Österreich geopfert bzw. enorme Nachteile erlitten hatten.

Ebenfalls werden die Aussagen des SPÖ-Vorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer über eine Pogromstimmung zurückgewiesen,

da dies vor allem eine Schmähung der Millionen Opfer des Holocaust darstellt.

Die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“ erwartet die bedingungslosen Rücknahmen der Äußerungen, bzw. das Ziehen von Konsequenzen seitens der SPÖ-Bundespartei, so KASTELIC abschließend.

Kuratorium: Gedenkfahrt

Im Rahmen der Jahrestagung des Kuratoriums vom 27. bis 30. Juni 2004 in Innsbruck, worüber an anderer Stelle ein ausführlicher Bericht gebracht wird, war der Dienstag dem Besuch von Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus in Tirol gewidmet.

Der erste Besuch galt dem Gedenkstein an der Stelle des ehemaligen „Arbeitslagers“ in der Reichenau, wo viele Menschen nicht nur zu unmenschlicher Arbeit gezwungen worden waren, sondern auch die bekannten Terrormethoden der Nazi-Schergen zur Anwendung gekommen sind. Viele Häftlinge wurden täglich durch Innsbruck zu Bauarbeiten am Innsbrucker Hauptbahnhof getrieben und die Bevölkerung musste diese demütigende und mörderische Aktion mit ansehen.

Tatsache, dass leider viele Einheimische an den Gräueltaten mitbeteiligt waren.

Nach Hinterlegung eines Blumengebindes mit einer Schleife unserer Organisation sowie Worte des Gedenkens durch den Bundesobmann ging die Fahrt zum Landhausplatz in Innsbruck. Beim Mahnmal an die Opfer der Jahre 1938 – 1945 begrüßte Hofrat Prof. Dr. Richard Schober, Direktor des Archives des Landes Tirol, alle Teilnehmer, überbrachte die Grüße des Landes Tirol und seines Lan-



Gedenken am Landhausplatz: von links nach rechts LO Hofrat Dr. Kermer mit Gattin, LO Mathias Denifl, Hofrat Prof. Dr. Schober, BO KmZIR Dr. Kastelic und LO Prof. KmZIR Gerstl

Scheuer, in der Unterkirche für das Kuratorium eine Heilige Messe zelebrierte. In seiner Ansprache ging er auf die Vergangenheit und die Gegenwart

Bischof beschloss diese würdevolle Stunde.

Der nächste Besuch galt dem Friedhof in Mösern bei Seefeld, wohin viele KZ-Häftlinge aus Dachau auf dem Marterweg getrieben worden waren und starben. Die Gräber stellen ein beredtes Zeugnis für diese Schreckenstage dar.



Erläuterungen durch Univ.Prof. Dr. Thomas Albrich in Reichenau

Prof. Dr. Thomas Albrich, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, hatte sich bereit erklärt diesen Tag mit uns zu fahren und schilderte aus seinem hohen Fachwissen heraus in sehr anschaulicher Weise sowohl in Reichenau als auch während des ganzen Tages diese Zeit mit den Zusammenhängen in historischer Sicht und auch die

deshauptmannes DDr. Herwig van Staa, erklärte die Geschichte dieses Mahnmales und legte nach Dankesworten gemeinsam mit der Leitung des Kuratoriums ein Blumenbukett nieder.

Ein kurzer Fußweg führte alle zum Dom von Innsbruck, wo der neue Bischof der Diözese Innsbruck, Dr. Manfred



Stiftskirche in Stams

in treffenden Worten ein. Bischof Dr. Scheuer ist infolge seines Mitwirkens im Seligsprechungsverfahren für den oberösterreichischen Märtyrer Jägerstätter durch sein hohes Wissen zu diesen ergreifenden Worten prädestiniert. Der Dank aller Teilnehmer an den

Einem kurzen Mittagessen folgte die Weiterfahrt zum Stift Stams im Oberinntal. Die durch die sportliche Erziehung österreichweit bekannt gewordenen verschiedenen Schulen sind in diesem herrlichen Zisterzienserstift untergebracht. Eine Führung durch die Kirche und den Kreuzgang brachte allen die Geschichte des Stiftes mit seinen vielen Kunst- und Kulturwerken, aber auch die Geschichte des Landes Tirol näher und machte Entwicklungen im Land verständlicher.

Eine Führung durch eine der berühmten Destillierereien des westlichen Inntales, die Firma Hubert Wammes in Haiming, beschloss diesen ereignisreichen und interessanten Tag.

Abschiedsbrief von Roman Scholz

Am 10. Mai 1944 ist der Augustiner Chorherr Roman Scholz (RS) im Landesgericht Wien enthauptet worden. RS, über den schon wiederholt von uns berichtet worden ist (s. zuletzt FK 6 von Nov. 03, S. 6 „Österreichische Freiheitsbewegung“ und auch FK vom März 2003 S. 11). Ist am 16.1.1912 in Mährisch Schönberg geboren und dort aufgewachsen,

1930 als Novize in das Augustiner Chorherrn Stift Klosterneuburg eingetreten und 1936 nach Ablegen der ewigen Profess zum Priester geweiht worden. Nach einigen Kaplanjahren in Wien-Heiligenstadt ist er 1938 als Religionslehrer nach Klosterneuburg ans Gymnasium gekommen und dort bis zu seiner Verhaftung durch die Gestapo geblieben.

Im Herbst 1938 gründete er gemeinsam mit einigen anderen eine Widerstandsbewegung, die sich zuerst „Deutsche“ und ab September 1938 „Österreichische Freiheitsbewegung“, ab Juli 1940 „Freiheitsbewegung Österreichs“ genannt hat.

Verraten von einem Vertrauten, dem Burgschauspieler Otto Hartmann, ist R.S. am

23.7.1940 von der Gestapo verhaftet worden und in verschiedenen Haftanstalten in Wien und im Deutschen Reich eingesperrt gewesen. Im Februar 1944 in Wien vom Volksgericht zum Tode verurteilt, ist er 10. Mai 1944 in Wien enthauptet worden. Davor hat er an seine Mitbrüder in Klosterneuburg am 15.2.1944 folgenden Brief geschrieben:

Liebe Mitbrüder!

Bevor sich der letzte Akt meiner Tragikomödie vollzieht und mir die Verurteilung jede Möglichkeit nimmt, mit ein paar Zeilen einen letzten Dank abzustatten, nütze ich die Gunst der Stunde dazu, es zu tun.

Ich weiß nur allzu gut, wie erzwungen Euer Schweigen war – und zugleich klug gleich dem meinen. Ebenso habe ich nie daran gezweifelt, dass ich nicht vergessen und verlassen war, und weiß, dass ich es heute weniger bin denn je. Dass vielmehr alles geschieht was geschehen kann, um mein Leben zu retten. Ich darf aber nicht verhehlen, dass ich reichlich pessimistisch bin, was einen guten Ausgang meiner Sache betrifft. So möchte ich denn noch einiges sagen, was mir am Herzen liegt:

Vorerst: Ich muss einräumen, dass man meine Person als (recht faden-scheinigen) Vorwand benützt hat, um den lange vorbereiteten Schlag gegen das Stift zu führen. Soll ich mich verteidigen? Ich meine, jeder Vorurteillose weiß hier klaren Bescheid. Ich wage sogar zu sagen, dass mein Wirken und mein Tod, so Gott will, der Grund dafür sein wird, dass unser Haus glorreich wiederersteht.

Man glaube mir: Was ich getan habe, das tat ich aus der Not meines Gewissens heraus. Was ich als Christ und Mensch bedauern muss, tut mir herzlichst leid. Als Mann und Patriot habe ich nichts zu bereuen. Vor meinen Freun-



den und der Nachwelt bin ich ebenso gerechtfertigt wie vor mir selber. Daran vermag auch die ganze Justizkomödie und alle Versuche, mich moralisch zu erledigen, nichts zu ändern. Gäbe es eine freie Verteidigung, wären andere die Angeklagten, nicht ich, selbst rebus sic stantibus. Schön. Ich trage Eulen nach Athen!

Wer ich war und was ich geschaffen, wird die nahe Zukunft offenbaren (es sei denn, dass alles in Chaos versinkt!) Vielleicht werdet Ihr dann stolz darauf sein, dass ich zu Euch zählte. Ich bin Eurer Hilfe wert, dessen seid gewiss! Und bleibe ich wider Erwarten am Leben, so werde ich Euch – wie meinen Getreuen – zu danken wissen. Andernfalls lebt „Einer“, der vergilt, was man dem Geringsten der Seinen getan.

Was ich bisher durchgemacht, war ein Purgatorium. Was jetzt bevorsteht, gibt der Hölle nicht viel nach. Ohne Gottes Gnade wäre es nicht leicht zu tragen. In Ihm vermag man alles. So hoffe ich, ungebrochen wie bisher das Ganze durchzustehen. Vergnügen ist der Henkertod ja keines, noch weniger das Aufihnwarten. Aber ich weiß mich in bester Gesellschaft (in Gegenwart wie Vergangenheit!) Ich weiß auch wofür ich sterbe: Für alles, was groß und gut und edel ist, und zum Teil auch für Gottes Wort. Hasst man mich nicht doppelt, weil ich Priester bin – neben meiner gefährlichen Geistlichkeit mein Hauptverbrechen - ?

Im Leben bin ich leider meinem Herrn und Meister so wenig gefolgt. Jetzt im Sterben darf ich sein Jünger sein. Süßer Stolz erfüllt mich jedes Mal, wenn ich die Passio lese: wie viel darf ich mit meinem Gott gemeinsam haben! Es heißt nun, sich dieser Gnade wert erweisen!

Lebt also wohl! Euer Gebet und Gedenken wird mir die Kraft erlehen, weiter wie ein Mann und Christ zu dulden und auch das Schwierigste im Leben zustande zubringen: das rechte Sterben!

Nehmt meinen Dank für alles! In caritate

Romanus.

Ju.

Stauffenberg's Ideen

Claus Graf Schenk von Stauffenberg, am 15.11.07 auf Schloss Jettingen bei Günzburg geboren, stammt aus altem schwäbischen Adel. Sein Vater ist beim Zusammenbruch 1918 Offizier des Königs von Württemberg gewesen. In einem humanistischen Gymnasium im Geiste der Vaterlandsliebe, Toleranz und Ritterlichkeit erzogen, ist Stauffenberg (St) von dieser Bildung geprägt.

In seiner Jugend hat das Buch „Der Wanderer zwischen beiden Welten“ von Walter Flex großen Eindruck auf ihn gemacht. Das entscheidende Motiv von Walter Flex, Dichter der Frontgeneration des Ersten Weltkrieges, von dem auch das Lied „Wildgänse rauschen durch die Nacht“ stammt, ist die Überwindung des Klassenkampfes durch das gemeinsame Fronterlebnis der Soldaten unterschiedlichster sozialer Herkunft gewesen. Die Stauffenbergs sind in ihrer Jugend begeistert von der auch von der Bündischen Jugend oft gesungenen von Dichter Georg Herwegh stammenden Lied „Die bange Nacht ist nun herum, wir reiten still, wir reiten stumm, wir reiten ins Verderben“ gewesen. Dieses Lied enthält Bedrohungs- und Grundwerte, die das Leben von St geprägt haben. In seiner Jugend

ist St in den Bannkreis des Dichters Stephan George gekommen, dem Seher und Propheten eines Dritten Reiches geistiger und sittlicher Haltung in Form eines erneuerten geistigen Germanien als Wiedergeburt des alten Hellas; siehe vor allem seinen Gedichtzyklus „Das neue Reich“.

Dieser Haltung entsprechend ist St Offizier geworden. In der Kriegsschule galt er als einziger genialer Generalstabs-offizier. Die Bekanntschaft mit dem Sozialisten Julius Leber, einer der Mitverschwörer des 20.7.44, hat in St Interesse für soziale Belange erweckt. Die Idee vom Preußentum und Sozialismus, grundgelegt bei den Philosophen Oswald Spengler und auch durch von Tresckow, den späteren Mitverschwörer, schien St die geeignete politische Synthese der für ihn wich-

tigen Begriffe „Nation“ und „sozialer Gedanke“.

Dem Nationalsozialismus ist St anfangs positiv gegenüber gestanden, ist aber bald in seinen Hoffnungen bitter enttäuscht worden, als er von den Unrechtsbefehlen an die Wehrmacht und anderen Verbrechen erfahren hat. In Afrika schwer verwundet, ist er 1943 Chef des Generalstabes des Ersatzheeres geworden und hatte als solcher Zutritt zum Führerhauptquartier und Adolf Hitler. Um den nur durch Militärs möglichen Umsturz, ohne ihn wäre eine staatliche Neuordnung nicht möglich gewesen, auf eine breite Basis zu stellen, hat St die Verbindung mit dem Deutschen Widerstand aufgenommen. Da nur St Zutritt zu Adolf Hitler hatte, hat er es auf sich genommen Hitler zu töten.

Am klarsten und reinsten sind die Ideale der Widerstandskämpfer des 20. Juli 44 im sogenannten „Schwur“ zusammengefasst, dessen Text von Berthold St verfasst und von Claus St korrigiert worden ist: „Wir glauben an die Zukunft der Deutschen. Wir wissen im Deutschen die Kräfte, die ihn berufen, die Gemeinschaft der abendländischen Völker zu schönerem Leben zu führen. Wir bekennen uns im Geist und in der Tat zu den großen Überlieferungen unseres Volkes, das durch die Verschmelzung hellenischer und christlicher Ursprünge im germanischen Wesen das abendländische Menschentum schuf. Wir wollen eine Neue Ordnung, die alle Deutschen zu den Trägern des Staates macht und ihnen Recht und Gerechtigkeit verbürgt, verachten aber die Gleichheitslüge und fordern die Anerkennung der naturgegebenen Ränge. Wir wollen ein Volk, das in der Heimat verwurzelt, den natürlichen Mächten nahe bleibt, das im Wirken in den gegebenen Lebenskreisen sein Glück und sein Genüge findet und in freiem Stolze die niederen Triebe des Neides und der Missgunst überwindet. Wir wollen Führende, die aus allen Schichten des Volkes wachsend, verbunden den göttlichen Mächten, durch großen Sinn, Zucht und Opfern den anderen vorangehen. Wir verbinden uns zu einer untrennbaren Gemeinschaft, die durch Haltung und Tat der „Neuen Ordnung“ dient und den künftigen Führern die Kämpfer bildet, derer sie bedürfen. Wir geloben untadelig zu leben – gewissenhaft zu dienen – unverbrüchlich zu Schweigen – und für einander einzustehen. ■

(Aus „105er“, 10-2000/01 Seite 22 ff) Ju.

Gedenkfresko für Msgr. Eduard Köck

Am 14. Mai 2004 wurde 17. Wiener Bezirk am Wohnhaus Mariengasse 15/Gschwandnergasse 36a der Baugenossenschaft Frieden ein vom Künstler Wolfgang Jell-Paradeiser gestaltetes Wandfresko an der Außenseite des Wohnhauses nach einer feierlichen Segnung durch Bischofsvikar Karl Rühringer enthüllt. Es zeigt in sehr eindrucksvoller Weise den Weg der Opfer unter das Fallbeil des NS-Regimes.

Msgr. Eduard Köck (1891 – 1952) war durch viele Jahre Gefangenenhaus-Seelsorger im Wiener Landesgericht. In dieser Funktion musste er besonders in der Zeit der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland über 600 Katholiken auf ihrem letzten Gang zum Schafott begleiten, ihnen den Trost der Religion übermitteln und auch anders- oder nichtgläubigen Opfern in dieser schweren Stunde beistehen.

Die weihevollte Enthüllung erfolgte in Anwesenheit eines seiner Nachfolger, hoher geistlicher Würdenträger, des Obmannes und des Aufsichtsratsvorsitzenden der Genossenschaft Frieden, Vertretern des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes, der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich sowie vieler Hausbewohner.

Ka.

Gedenkkirchen in Berlin–Plötzensee

Am Stadtrand, im Westen von Berlin, befand sich das berühmte Gefängnis Berlin-Plötzensee. In ihm sind über 2500 Widerstandskämpfer oder bei den Nationalsozialisten sonst Unbeliebte in teilweise grausamer Weise getötet worden. Zwei Kirchen erinnern an diese Toten.

U nweit vom Gefängnis am Hecker-Damm ist 1960 die Kirche „Maria Regina Martyrum“ (Maria Königin der Märtyrer) als „Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzugeen für Glaubens- und Wissensfreiheit aus den Jahren 1933 bis 1945“ erbaut worden. Im Gedenkraum in der Krypta befindet sich vor der modernen Pieta, einer Bronzeplastik von Fritz König, eine Gedenktafel mit der Widmung „Allen Blutzugeen, denen das Grab verweigert wurde – allen Blutzugeen, deren Gräber unbekannt sind.“ Stellvertretend für alle Märtyrer sei hier der Name von P. Alfred Delp von den Jesuiten genannt, der nach dem Atten-

tat vom 20. Juli 1944 wie viele andere verhaftet und am 2.2.1945 in Plötzensee in grausamer Weise getötet worden ist.

In der Kirche des nahegelegenen 1968 erbauten evangelischen Gemeindezentrums befindet sich der von dem österreichischen Künstler Alfred Hrdlicka gestaltete „Plötzenseer Totentanz“. Rings um den in der Mitte des Raumes stehenden Altar sind 16 Tafeln, je 3,5 Meter hoch und 0,99 Meter breit, angeordnet, deren Themen von den mittelalterlichen Totentänzen völlig abweichen. Es sind teils biblische, teils gegenwartsbezogene Themen. Beginnend mit Kain und Abel und endend



Ausschnitte aus dem von Alfred Hrdlicka gestalteten Plötzenseer Totentanz

mit „Johannes des Täufers Enthauptung – Massenhinrichtungen Plötzensee – die Guillotine“. Alle zeigen das von Menschen gegen Menschen gerichtete Unrecht Gewalt und Tod. Fast alle Bilder zeigen den Fleischerhaken, auf den Männer des Widerstandes vom 20. Juli 1944 auf Weisung Hitlers auf grausame Weise zu Tode gequält worden

sind und die dazu noch „aus Abschreckungsgründen“ gefilmt worden sind.

Quelle: „Miteinander“ Zeitschrift des „Canisius-Werkes“ Nr. 4/2004, Seite 20 f. „In den Spuren von ... die andere Seite von Berlin“ von Prof. Ingeborg Schödl. ■

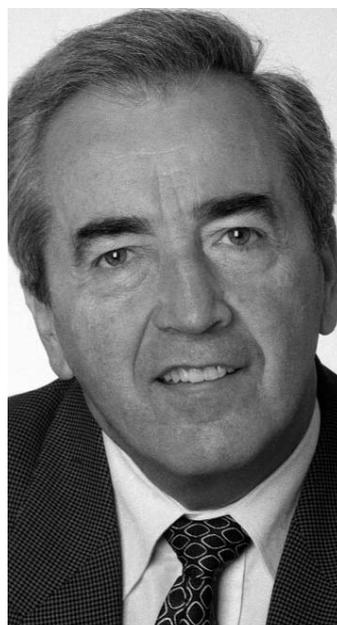
Ju.

Alois Mock 70

Anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres von Alois Mock hat das Karl von Voglsang-Institut in die Politische Akademie der ÖVP in Wien 13 zur Eröffnung einer Ausstellung „Alois Mock ein politisches Leben im Spiegel von Wahlplakaten“ eingeladen.

A lois Mock, der am 10.6.1934 in Niederösterreich geboren wurde, ist eine der prägendsten Persönlichkeiten der österreichischen Politik. Als Obmann der ÖVP, Vizekanzler und Außenminister hat er wesentlichen Anteil am Beitritt Österreichs zur EU. Die jetzige Erweiterung der EU vor allem im Osten ist für den Ehrenobmann der ÖVP eines der schönsten Geburtstagsgeschenke.

Es wird eine Reihe von Plakaten, angefertigt zu verschiedenen Anlässen wie Wahlen zur Arbeiterkammer, zum Nationalrat, beginnend aus dem Jahr 1980 bis 1994 zur Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur EU gezeigt. In einer Vitrine ist das von Alois Mock, damals Außenminister, gefertigte Schreiben vom 14.7.1989 gezeigt, in dem Österreich seine Aufnahme in



Dr. Alois Mock

die EU beantragt. In einem Plakat aus 1994, versehen mit dem Bild von Mock, damals Außenminister und Busek, damals Vizekanzler, heißt es „Wir sind Europäer, Österreicher bleiben wir“. In einem anderen Plakat ebenfalls aus 1994, versehen mit den Bildern von Mock und Busek, wird festgestellt, „Wir leben in Europa, wir lieben Österreich“. Ein Plakat aus dem Jahr 1980, angeschlagen anlässlich der ersten Urabstimmung der Volkspartei, fordert die Österreicher auf: „!! Österreicher!! ‚Die Zukunft mitbestimmen‘“. ■

Ju.

INFORMATION

über die Einführung des elektronischen Aktes im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz im Zusammenhang mit der Antragstellung von Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz

Mit dieser Einführung ergibt sich durch die rationellere Bearbeitungsweise von einlangenden Anträgen eine kürzere Erledigungsdauer. Zu beachten dabei wäre, dass nur Beilagen, welche unbedingt für die Bearbeitung erforderlich sind oder welche bisher noch nicht vorgelegt wurden, ange-schlossen werden sollen.

Folgende Beilagen sind jeweils erforderlich:

Bei Aushilfen:

Antragsformular oder form-freies Ansuchen
Einkommensbelege (Pen-sionsbelege) nur dann, wenn nicht eine Ausgleichszulage oder eine Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe) bezogen wird

Bei Spitalsaushilfen wäre die Aufenthaltsbestätigung unbeding-t beizulegen

Sonstige Belege (wie Rech-nungen über div. Ausgaben oder Belege über Rezeptge-bühren) sollten nicht ange-schlossen werden

Bei erstmaligen Anträgen wä-ren eine Kopie über die An-spruchsberechtigung (z.B. Opferausweis, Amtsbeschei-nigungen etc.) sowie die Ein-kommensbelege in jedem Fall beizuschließen.

Bei Darlehen:

Antragsformular oder form-freies Ansuchen
Einkommens bzw. Pensions-

belege des Antragstellers und der Bürgen

Bei erstmaligen Anträgen wä-ren eine Kopie über die An-spruchsberechtigung (z.B. Opferausweis, Amtsbeschei-nigung etc.) in jedem Fall bei-zuschließen

Bei Heilfürsorge-zuschüssen:

Antragsformular oder form-freies Ansuchen

Einkommensbelege (Pen-sionsbelege) nur dann, wenn nicht eine Ausgleichszulage oder eine Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe) bezogen wird

Bei erstmaligen Anträgen wä-ren eine Kopie über die An-spruchsberechtigung (z.B. Opferausweis, Amtsbeschei-nigung etc.) sowie die Ein-kommensbelege in jedem Fall beizuschließen

Originalrechnung inkl. Zah-lungsnachweis über die Heil-fürsorgekosten

Bei diesen Zuschüssen ist eine Antragstellung aufgrund der Notwendigkeit der **Originalrechnung** so wie bisher in Pa-pierform und nicht in elektro-nischer Form (E-Mail bzw. Fax) möglich.

Bei sonstigen Eingaben oder Anfragen

Belege nur dann anschließen, wenn sie für die Bearbeitung von Bedeutung sind bzw. wenn sie im Akt noch nicht aufliegen

Die vorgenannten Anträge (ausgenommen Heilfürsorge-

ansuchen, wo Originalbelege erforderlich sind) können auch mittels E-Mail oder Fax eingebracht werden

Im Bereich der Opferfürsor-ge sind folgende Adressen hiefür vorgesehen:

Renate Krois (renate.krois@bmsg.gv.at) oder FaxNr. 01/7189470 1179)

Gerhard Haberbauer (ger-hard.haberbauer@bmsg.gv.at oder FaxNr. 01/7189470)

Für weitere Auskünfte steht das **Bundesministerium für soziale Sicherheit, Genera-tionen und Konsumenten-schutz, 1010 Wien, Stuben-ring 1**, unter der Tel.Nr. 01/71100/Kl. 6191 oder 6185 gerne zur Verfügung. ■

Ju.

Gedenkmesse für Dollfuß

Das Karl von Voglsang In-stitut veranstaltet am Sonntag, 25. Juli 2004, um 18:00 Uhr in der Michaelerkirche eine Ge-denkmesse anlässlich des 70. Todestages von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß. Die hei-lige Messe zelebriert der Abt von Heiligenkreuz Dkfm. Gregor Henckel-Donnersmarck. Im Anschluss daran findet eine Agape statt.

Urlaubssperre

Das Sekretariat der Bundesleitung und der Lan-desleitung Wien ist vom **8. Juli bis einschließlich 31. August 2004 ge-schlossen.**

Dringende Anfragen bitte schriftlich oder unter Tele-phon 406 11 44. Ein Jour-naldienst wird für Weiter-leitung und Bearbeitung sorgen. Ab 1. September 2004 ist unser Sekretariat Wien 8, Laudongasse 16, Straßentrakt 1, 1. Stock wieder jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16

Fotos: APA, Archiv, Brandstätter Verlag, Bilderbox, ÖVP, Vogel-sang Institut

Satz/Umbruch: Tanja Pichler, 1080 Wien, Stolzenthalg. 7/3

Druck: Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien